

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 2

Postfach: 120408
Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 0886 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Jürgen Schmude MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, appelliert an die bildungspolitische Verantwortung des Bundes: Flotte Sprüche nützen nichts, Taten sind gefragt. Seite 1

Georg Bamberg MdB, Mitglied des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages, macht verkehrspolitische Gründe gegen den Ausbau des Rhein-Main-Kanals geltend: Vorrang für die Wasserstraße bedeutet Nachteil für die Bahn. Seite 3

Dagmar Luuk MdB, Vorsitzende der deutsch-griechischen Parlamentariergruppe, analysiert nach einem Besuch vor Ort die Lage auf Zypern: Überwindung der Teilung nicht in Sicht. Seite 4

Volker Neumann MdB bewertet jüngste diplomatische Aktivitäten in Indochina: Kambodscha-Problem bleibt auf der Todesordnung. Seite 6

39. Jahrgang / 73

12. April 1984

Flotte Sprüche nützen nichts

Die bildungspolitische Verantwortung des Bundes muß durch Taten wahrgenommen werden

Von Dr. Jürgen Schmude MdB
Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion
Vorsitzender des Arbeitskreises Inneres, Bildung, Sport

Was die CDU/CSU in ihrer Oppositionszeit noch heftig bekämpft hat, fordert sie jetzt: mehr Einheitlichkeit im Bildungswesen, bessere Abstimmung mit den Bundesländern, Stärkung der Bundeskompetenz. Diese Erkenntnis kommt reichlich spät. Auf die von der jetzigen Koalition praktizierte Bildungspolitik hat sie sich nicht ausgewirkt. Im Gegenteil!

1. Bildungsföderalismus

Die sozial-liberale Bundesregierung hatte 1978 in einem Bericht über die strukturellen Probleme des föderativen Bildungssystems die Abstimmungsmängel zwischen den Bundesländern aufgezeigt. Ziel dieses Berichts war es, gesamtstaatliche Rahmenbedingungen durch vergleichbare Bildungsangebote und gegenseitige Anerkennung der Abschlüsse und Berechtigungen im ganzen Bundesgebiet sichern zu helfen. Nicht einmal eine sachliche Diskussion darüber war möglich. Unionsparteien und unionsgeführte Länder versagten sich uneinsichtig.

2. Modellversuche

Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung hatte in den 70er Jahren gemeinsam mit den Ländern Modellversuche vereinbart und finanziert. In allen Bil-

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

Verstärken Ökonomie
mit einem Rechtskreis
Kas 1150-Papier



dungsbereichen sollten Bestehendes fortentwickelt, Neues erprobt und Entscheidungshilfen für die Entwicklung des Bildungswesens erarbeitet werden.

Diese Modellversuche waren nahezu die einzige Möglichkeit des Bundes, im Bildungswesen neue Akzente zu setzen. Gerade die CDU/CSU-geführten Länder haben von diesem Angebot reichlich Gebrauch gemacht. Dennoch: in keiner Haushaltsdebatte haben es die CDU/CSU-Fraktionen versäumt, erhebliche Kürzungen der Modellversuche zu verlangen. Nach der Wende sind die Mittel für die Modellversuche tatsächlich drastisch gekürzt worden.

3. Bildungsgesamtplan

Die Fortentwicklung des Bildungswesens, die Notwendigkeit eines ausreichenden Bildungsangebotes auch an die geburtenstarken Jahrgänge und die finanzielle Absicherung sollten durch einen zwischen Bund und Ländern gemeinsam vereinbarten zweiten Bildungsgesamtplan gesichert werden. Während die Kultusminister, besonders auch der bayerische, dem Gebot der Vernunft gehorchend, diesem Gesamtplan grundsätzlich zugestimmt hatten, wurde er im Sommer 1979 auf Betreiben der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und des CSU-Vorsitzenden torpediert. Das Projekt scheiterte, und zwar inzwischen endgültig.

4. Bundesausbildungsförderungsgesetz

Das Bundesausbildungsförderungsgesetz seit 1971 hat in großem Maße die materiellen Voraussetzungen der Chancengleichheit im Bildungsbereich geschaffen: bei unzureichendem Geldbeutel der Eltern wurden dem Auszubildenden seiner Neigung, Eignung und Leistung entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt. Als eine der ersten Entscheidungen nach der Wende schaffte die CDU/CSU-geführte Bundesregierung das Schüler-BAföG nahezu ab. Die neuerdings aus den Reihen der CDU zu hörenden Fehlerbekenntnisse für diesen Kahlschlag kommen zu spät. Eine uneinheitliche Länderförderung kann nicht mal notdürftig die zerstörte Chancengleichheit wiederherstellen.

5. Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK)

Wie unglaublich und floskelhaft neuerliche Forderungen aus der Union nach größerer Einheitlichkeit und mehr Bundeskompetenz im Bildungswesen sind, beweist besonders drastisch das Schicksal des BLK: Diese Institution ist das wesentliche Instrument für vorausschauende und gemeinsame Planung von Bund und Ländern. Gegen jede Vernunft haben die Fraktionsvorsitzenden der CDU und CSU aus Bund und Ländern beschlossen, der BLK lediglich eine Gnadenfrist von zwei Jahren zu gewähren. Dann soll sie - so der konkrete Antrag von Baden-Württemberg - ersatzlos aufgelöst werden.

CDU und CSU haben alles getan, um Chancengleichheit für junge Menschen zu zerstören, ein Mehr an Einheitlichkeit im Bildungswesen zu verhindern. Kein Wunder, daß die Existenzberechtigung des zuständigen Bundesministeriums immer wieder ins öffentliche Gerede kommt. Seine Auflösung wäre der traurige Schlußpunkt des rigorosen Rückzuges der Bundesregierung aus Bildungspolitik und -verantwortung. Weder flotte Sprüche noch hohle Appelle, nur Taten können diese Entscheidung noch zum besseren wenden.

(-/12.4.1984/ks/rs)

+ + +



Rhein-Main-Donau-Kanal oder Bahn?

Neben ökologischen Gründen sprechen auch verkehrspolitische Gesichtspunkte gegen das bayerische Mammutprojekt

Von Georg Bamberg MdB

Mitglied des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages

Bei der neuerlichen Diskussion um Sinn oder Unsinn des Rhein-Main-Donau-Kanals sind keine neuen Argumente aufgetaucht.

Man muß feststellen:

Mit jedem weiteren Kanalbautag wird die Einstellung der Arbeiten unrealistischer. Der Punkt, an dem ein Abreißen der Bauten ökologisch und ökonomisch teurer wird als der Weiterbau, rückt näher.

Vor ein paar Jahren noch ist diese Güterabwägung bei vielen gegen den Kanal getroffen worden. Nun aber muß den um die Sache ringenden Kanal-Gegnern eine Einstellung genauso als Schildbürgerstreich vorkommen wie dem kritikfähigen Befürworter der Weiterbau. Das Schiff ist abgefahren. Der Preis dafür hoch. Ökologische Eingriffe, ein ökonomisch fast unvertretbarer Aufwand, ein volkswirtschaftlicher Unsinn.

Noch eine Tatsache bleibt: Man nimmt der Bahn mit diesem Kanal jährlich mindestens 200 Millionen Mark und wieder ein Stück Existenzgrundlage weg. Obwohl die Deutsche Bundesbahn nicht einmal mehr ein Drittel des gesamten Güterverkehrsaufkommen in Deutschland hat.

Es ist ein politischer Skandal, daß der bayerische Ministerpräsident und sein Wirtschaftsminister jede Streckenstillegung der Bahn bedauern, auf der anderen Seite aber Projekte, die gegen die Bahn gerichtet sind, unterstützen.

Auch diese Entscheidung ist ein Beispiel dafür, daß man der Bahn die notwendigen politischen Rahmenbedingungen verweigert, die man den anderen Verkehrsträgern eingeräumt hat.

Wer so handelt, ist mitverantwortlich für das Siechtum der Bundesbahn.
(-/12.4.1984/ks/rs)

+ + +



Zypern - trübe Aussichten nach der Teilung

Gegenseitige Schuldzuweisungen können das Problem der Insel nur noch komplizieren

Von Dagmar Luuk MdB

Vorsitzende der deutsch-griechischen Parlamentariergruppe

Die große Krise ist glücklicherweise ausgeblieben. Ein halbes Jahr nach der Ausrufung der selbständigen "türkischen Republik Nord-Zypern" durch den Führer der türkischen Volksgruppe, Rauf Denktasch, haben sich die beiden Lager auf der geteilten Insel stabilisiert. Das Krisenmanagement auf der "Insel unter dem Schwert" wird in bewährter Weise zu einem innenpolitischen Instrument umfunktioniert. Lösungen scheinen so fern wie ehedem, die Aussichten für eine Aufhebung der Sezession sind schlecht.

Der Zypern-Konflikt mit seinem stetigen Auf und Ab dauert seit genau 20 Jahren an. Im März 1964 wurde die Friedenstruppe der Vereinten Nationen auf der Insel stationiert, im Juli werden es zehn Jahre, daß türkische Truppen auf der Insel landeten und den Nordteil besetzten. Seit 20 Jahren werden Initiativen auf Zypern, wer immer sie startet, zerredet. Verhandlungsergebnisse blieben mager. Die seit dem vergangenen Jahr unterbrochenen Gespräche der beiden Volksgruppen waren eher ein Treten auf der Stelle, und auch die Initiativen der UN-Generalsekretäre, die einzigen politischen Aktivitäten mit Perspektive für Zypern, wurden von den Akteuren vor Ort lediglich als willkommene Anlässe genutzt, die eigene Anhängerschaft zu mobilisieren und seine wahren Absichten, nämlich die andere Volksgruppe zu übervorteilen, hinter einer Nebelwand orientalistischer Rabulistik zu verbergen.

Die Teilung vom vergangenen November hat für Rauf Denktasch zweifellos innenpolitischen Zugewinn bedeutet. Durch die Proklamation der selbständigen "türkischen Republik Nord-Zypern" hat er sich nicht nur vor dem politischen Ende bewahrt (nach der geltenden Verfassung hätte er nicht wieder gewählt werden können), er ist sogar in die Lage versetzt, ein System zu etablieren, das auf ihn maßgeschneidert ist. Die neue Verfassung, die gerade ausgearbeitet wird, soll eine starke Präsidialbefugnis aufweisen.

Außenpolitisch jedoch hat die Sezession nicht den von ihren Initiatoren erwarteten Erfolg gehabt. Außer der Türkei, dem Protektor und Finanzier des neuen Teilstaates, hat kein anderer Staat das Kunstgebilde Denktaschs anerkannt. Bangladesch, eilig im Versprechen, hat den Worten bisher keine Taten folgen lassen. Die Warnungen Athens waren offensichtlich nicht ohne Erfolg geblieben. Die islamische Konferenz von Casablanca hat zu Beginn des Jahres zwar die erwartete Sympatiebekundung abgegeben, eine Anerkennung jedoch nicht ausgesprochen.

Insoweit war die Resolution 541 des Weltsicherheitsrates vom 18. November, drei Tage nach der Sezession verabschiedet, wirksam. Der Schritt Denktaschs war seinerzeit für rechtswidrig erklärt und mit der Aufforderung verbunden worden, keinen anderen Staat als die Republik Zypern anzuerkennen. Während diese Resolution weiterhin von einem Tätigwerden des UN-Generalsekretärs bei der Vermittlung im Zypern-Konflikt ausgeht, während sogar manche Stimmen auf Zypern für ein Weiterverhandeln trotz veränderter Grundlagen plädieren, fordert Kyprianou demonstrativ den Widerruf der Unabhängigkeitserklärung.

Die ersten bilateralen Rauchzeichen, die zu Beginn des Jahres in Nikosia von den Repräsentanten der beiden Volksgruppen gesetzt wurden, waren wenig verheißungsvoll. Die am 2. Januar von Denktasch vorgeschlagenen vertrauensbildenden Maßnahmen, wie etwa die Verwaltung der Geisterstadt Varosha durch die UNO oder die Einsetzung einer wirtschaftlichen und einer technischen Kommission, wurden von Kyprianou prompt ab-



gelehnt. Sicherlich, der Denktasch-Vorschlag blieb hinter früheren Angeboten zurück und enthielt keine Territorial-Konzession, er war allerdings, betrachtet man die erstarkte Position des Führers der türkischen Volksgruppe, durchaus ausbaufähig.

Die zehn Tage später von Kyprianou UN-Generalsekretär Perez de Cuellar überreichten Vorschläge, die in der Forderung nach einem Abzug der türkischen Truppen von der Insel und dem Widerruf der Ausrufung der Unabhängigkeit des Nordstaates gipfelten, waren kaum ernstgemeint und schienen nur ein Ziel zu verfolgen: umgehend von der anderen Seite zurückgewiesen zu werden. Dieses Ziel wurde auch erreicht. Die Initiative Kyprianous zeigte jedoch einen Nebeneffekt, der kaum beabsichtigt gewesen sein konnte: Erzbischof Chrysostomos, dem die Bereitschaft seines Präsidenten, der türkisch-zypriotischen Seite ein territoriales Zugeständnis von 25 Prozent zu machen, viel zu weit ging, legte sich mit Kyprianou an und forderte vehement ein größeres Engagement Griechenlands.

Die Wunschvorstellung Nikosias nach einer "Gesamtlösung" der Zypernkrise durch Einflußnahme von außen scheint unausrottbar. Sei es nun die Hoffnung auf eine EG-Initiative, sei es der Wunsch nach Einflußnahme der NATO, alle diese Vorstellungen sind unrealistisch. Sie erleichtern aber den Beteiligten die Schuldzuweisung. So etwa, wenn Kyprianou in einem Kommuniqué nach einem Treffen mit Andreas Papandreu Anfang März bedauert, "daß gewisse bedeutende Mächte, besonders solche, die in der Lage sind, die Türkei zu beeinflussen, keinen Druck in diese Richtung ausgeübt haben". Ähnlich verfährt Bülent Ecevit, wenn er die Intransigenz Griechenlands für die "unausweichliche" Sezession verantwortlich macht.

Eine "Gesamtlösung" für Zypern ist nicht zu erreichen, weder durch die sehnlich erwartete Einflußnahme von außen, noch durch ein Generalpardon der Repräsentanten der beiden Volksgruppen. Zypern wird vielmehr eine Politik der kleinen Schritte benötigen, eine Vielzahl einzelner Maßnahmen, die allmählich dazu beitragen können, daß zwischen den beiden Volksgruppen und ihren politischen Führern wieder Vertrauen entsteht. Diese kleinen Schritte müssen in den Volksgruppengesprächen vereinbart und von beiden Seiten vollzogen werden.

Vorschläge, die darauf abzielen, dem National Council eine neue Aufgabenstellung zuzuerkennen, erscheinen prüfenswert. Dieses darf sich nicht als Resonanzboden der Claqueure Kyprianous empfinden. Sinnvoller erschien es, wenn der Rat über die Resultate der Volksgruppengespräche befände, Weisungen an den Beauftragten erteilte und den Einfluß des Präsidenten in diesen Fragen etwas reduzieren könnte.

Angesichts der festgefühten Fronten auf der Insel muß vor übertriebenen Erwartungen gewarnt werden. Die politische Szenerie, auf der einen Seite das Regierungsbündnis Kyprianous mit den Kommunisten, auf der anderen Seite der Versuch Denktaschs, eine starke Präsidialmacht zu schaffen, verführt beide Seiten immer wieder, Kompromißvorschläge für innerpolitische Winkelzüge zu mißbrauchen. Es wäre angesichts dieser Ausgangslage vermessen zu erwarten, die Volksgruppengespräche könnten sich in absehbarer Zeit nach ihrer Wiederaufnahme erfolversprechend der Territorialfrage annehmen oder zu einer Einigung in Verfassungsfragen gelangen. Unumgänglich ist aber, daß die Zyperntürken in Territorialfragen Zugeständnisse machen, während von den Zyperngriechen Zugeständnisse in Verfassungsfragen erwartet werden müssen.

Letztlich geht es darum, daß Gespräche mit Aussicht auf Erfolg nur dann geführt werden können, wenn die Partner nicht nur taktische Vorteile anstreben, sondern tatsächlich gewillt sind, zu tragfähigen Regelungen zu kommen. Fortschritte etwa in der Varosha-Frage sind eine Voraussetzung dafür, später auch die Vorschläge Perez de Cuellars aufzugreifen. Das Nachgrübeln darüber, wer die Misere auf Zypern durch welches Verhalten verschuldet hat, wird Möglichkeiten, zu noch so minimalen Fortschritten in der Sache zu kommen, nur weiter verzögern. (-/12.4.1984/ks/rs)

+ + +



Diplomatische Aktivitäten in Indochina

Doch eine Lösung des Kambodscha-Problems ist nicht in Sicht

Von Volker Neumann MdB

Kommt Bewegung in den Kambodscha-Konflikt, fragen sich Beobachter nach den diplomatischen Aktivitäten in den letzten Wochen. Begonnen hatte der Reigen der Besuche mit dem Kommandeur der indonesischen Armee, General Murdani, in Hanoi und Äußerungen von ihm über die Gefahr der Bedrohung der ASEAN-Staaten durch Vietnam. Die Besuche des vietnamesischen Außenministers Co Tach in Djakarta und Canberra in Australien brachten keine Klarheit über die Reaktion der Gastgeber auf die Vorschläge der Vietnamesen. Diese waren im Kern nicht neu, weil sie als Voraussetzung für regionale Verhandlungen den Ausschluß der Roten Khmer aus der kambodschanischen Widerstandskoalition verlangten. Dennoch schien die Haltung von Indonesien nicht eindeutig auf der bisherigen Linie der ASEAN-Staaten zu sein, die ihrerseits zur Voraussetzung von Verhandlungen den Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha machten. Es scheint sich der alte Teufelskreis aufzutun.

Die ASEAN-Staaten verlangen den Abzug der Truppen von Vietnam, was ein Vakuum in Kambodscha hinterlassen würde und den Roten Khmer die Möglichkeit gebe, als einzige nennenswerte bewaffnete Macht wiederum ihr Mörderregime aufzubauen, auf der anderen Seite die Forderung nach Ausschluß der Roten Khmer, was wiederum die beiden Koalitionspartner Son Sann und Sihanuk nicht zulassen können, weil darin ihre einzige militärische Stütze und auch der Garant für die Unterstützung durch die Volksrepublik China liegt.

Der vietnamesische Außenminister hat die geplante Reise nach Thailand, welches sich als erstes durch eine Hegemonie Vietnams bis an die Grenzen zu Thailand bedroht fühlen muß, wegen "einer Erkältung" abgesagt. Nicht sicher ist aber,



ob es sich nicht doch um eine politische Erkältung handelt, zumal am 25. und 31. März es zu Grenzzwischenfällen zwischen vietnamesischen Truppen und den Thais kam. Die Vietnamesen haben in Verfolgung der Roten Khmer thailändisches Gebiet betreten, wobei nicht sicher ist, ob dieses eine bewußte Provokation oder einer jener Zwischenfälle ist, die sich aus einem ungewissen Grenzverlauf ergeben. Es scheint unwahrscheinlich zu sein, daß Co Tach versucht, in der Kambodscha-Frage eine neue Bewegung hineinzubringen und gleichzeitig den in erster Linie betroffenen Gesprächspartner in Bangkok vor den Kopf zu stoßen. Ausgeschlossen allerdings ist dieses bei der vietnamesischen Politik des "Zuckerbrot und Peitsche" nicht.

Dennoch bleibt zu befürchten, daß sich eine Lockerung der bisher einheitlichen Haltung der ASEAN-Staaten, die von der überwiegenden Mehrheit der Mitglieder der Vereinten Nationen gestützt wird, ergibt. Die Reise des indonesischen Außenministers nach Moskau wird möglicherweise Aufschluß darüber geben. Die Sowjets haben, obwohl nur mittelbar beteiligt, als ein Freund Vietnams, zu verstehen gegeben, daß sie bereit sind, an einem konstruktiven Dialog zwischen den Nachbarn auf der Suche nach einer realistisch und gegenseitig annehmbaren Lösung mitzuwirken. Für die Region Südostasiens zeigt sich abermals, daß hier auf dem Rücken der betroffenen Völker ein Großmachtkonflikt ausgetragen wird. Ohne eine Annäherung von Peking und Moskau scheint eine Lösung der Kambodscha-Frage nicht in greifbare Nähe zu geraten. Die Forderung nach einer regionalen Konferenz ergibt solange keine Lösung, wie Vietnam und die ASEAN-Staaten Hindernisse aufbauen, die von keiner der beiden Seiten beseitigt werden können. Dennoch wäre eine Lösung der Kambodscha-Frage im Interesse der Völker Südostasiens dringend notwendig.

(-/12.4.1984/ks/rs)

+ + +

